

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 20, durch unsere Ausreiter jenseits in der Stadt monatlich 25, auf dem Lande 30, durch die Post bezogen vierteljährlich 70, mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postkarten sowie unsere Ausreiter und Geschäftsstellen nehmen jedwede Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Zeichner keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Ersteilung seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 125

Mittwoch den 31. Mai 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Donnerstag den 1. Juni vormittags 9 bis 1 Uhr Ausgabe der neuen Brotmarken.

Wilsdruff, am 30. Mai 1922.

Der Stadtrat.

Die Stimmabgabe für das Volksbegehren, das ein Volksentscheid über die Auflösung des Landtages herbeigeführt wurde, hat durch eigenhändige Eintragung in die dazu ausliegenden Listen in der Zeit von Dienstag den 6. Juni bis mit Montag den

19. Juni 1922, täglich von 9—12 Uhr und Sonntag den 11. sowie Sonntag den 18. Juni 1922 von 9—12 Uhr im Verwaltungsgebäude, Zimmer 2, zu erfolgen.

Wilsdruff, am 30. Mai 1922.

Der Stadtrat.

Wegesperrung.

Wegen Massenschutt ist der niedere Kirchweg und der am Viehsteich mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft am 1. und 2. Juni gesperrt.

Rlipphausen, den 30. Mai 1922.

Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die deutsche Note an die Reparationskommission über die auf den 31. Mai befristeten Forderungen ist am Montag in Paris überreicht worden.
- Staatssekretär Bergmann ist von Paris nach dem Haag gereist. Man glaubt, daß er dabei über einen vollständigen Vorschlag auf die Reparationsanleihe verhandeln wird.
- Reichskanzler Brüning erstattete im Reichstag Bericht über Genua, wobei er betonte, daß kein dauernder Frieden möglich ist, solange die Politik der Sanktionen gegen Deutschland getrieben wird.
- Der bevorstehende Besuch Polkars in London wird als ein Beweis für den Wunsch nach Annäherung betrachtet. Es heißt, die französische Regierung habe nicht mehr die Absicht, in das Ruhrgebiet einzuziehen.
- Morgan und Bissinger wünschen, daß ein Teil der geplanten Anleihe für die eigenen Bedürfnisse Deutschlands verwendet werde.

Vorläufig . . .!

Der 31. Mai, dem man in Deutschland monatelang mit bangen Erwartungen entgegengeesehen hat, ist herangekommen, aber die schweren Erschütterungen, die man von ihm befristeten mußte, sind ausgeblieben und werden auch bis auf weiteres nicht zu erwarten sein. Es ist eine vorläufige Regelung gefunden, oder, vorsichtiger gesagt, angebahnt worden. Es ist aber eben nur eine vorläufige Regelung, von der niemand weiß, wie bald ihr neue Erschütterungen folgen können. Am 21. März hatte, wie erinnerlich ist, die Reparationskommission von uns verlangt, daß wir als Vorbedingung für einen (ebenfalls nur vorläufigen) herabgesetzten Zahlungsplan bis zum 31. Mai eine Reihe bestimmter Zugeständnisse machen, so vor allem 60 Milliarden neue Steuern beschließen und eine ziemlich weitgehende Finanzkontrolle zulassen sollten. Wir haben damals sofort geantwortet, daß dies für uns unmöglich ist, und man hat sich damals in Berlin vor allem auf die Konferenz von Genua verlassen, von der man eine Rettung aus den bevorstehenden schweren Gefahren erwartete. Bald wurde auch Finanzminister Hermes nach Paris geschickt, um mit der Reparationskommission Vorbesprechungen über eine Neuregelung der Zahlungsfrage unter Umgehung jener Forderungen vom 21. März zu führen. Zugleich kamen die Amerikaner über den Ozean und erklärten, daß sie bereit seien, eine Anleihe für Deutschland in die Wege zu leiten. Als das Ergebnis der wochenlangen Verhandlungen ist jetzt eine deutsche Note an die Reparationskommission abgegeben worden, in welcher alles das bestätigt wird, was Herr Hermes in Paris mit dem Vorsitzenden und einigen Mitgliedern der Reparationskommission vorher besprochen hat. Die Absendung war natürlich erst möglich, nachdem die Konflikte, die innerhalb des Kabinetts wegen dieser Pariser Abmachungen entstanden waren, als beigelegt erscheinen konnten, und nachdem auch der Auswärtige Ausschuss des Reichstages in einer mit scharfer Kritik durchgeführten langen Beratung zu diesem Schritte der Regierung Stellung genommen hatte.

Um diese kritische Haltung eines Teiles der Parlamentarier zu verstehen, muß man beachten, daß eine Regelung unserer Zahlungsverpflichtungen nur dann einen Sinn hat, wenn sie mit einer Herabsetzung der gesamten Schuldsomme beginnt. Sonst kommt bei jedem Änderungsversuche und bei jeder Anleiheaktion immer nur eine gewisse Kompasse heraus, die an ihrem Ende neue Schwierigkeiten voraussehen läßt. Die Herabsetzung der Schuldsomme ist nun bei den Pariser Vorbesprechungen leider nicht erreicht worden, obwohl Lloyd George in Genua dem Reichskanzler in dieser Hinsicht entgegenkommende Zusagen gemacht hatte. In der neuen Note wird daher die deutsche Bereitwilligkeit erklärt, daß wir die schwebenden Schulden, die sich in der ungedeckten Papiergeldflut ausdrücken, nicht über die Summe hinaus vergrößern, die sie am 31. März betrug. Wir sind ferner bereit, keine neuen Ausgaben ohne sofortige Deckung durch Steuern oder innere Anleihe zu machen, und wir werden uns auch, einer früheren Zusage gemäß, Anstia mit der Reparationskommission bei neuen steuerrechtlichen Maßnahmen ins Einvernehmen setzen, worin sich allerdings eine Art Finanzkontrolle zu verbergen scheint. Die Vorbedingung für diese Zugeständnisse ist selbstverständlich, daß wir eine Anleihe, und zwar eine Anleihe in

ausreichender Höhe und zu einem ansehnlichen Zinsenzeitpunkt erhalten, die uns in die Lage versetzt, für einige Jahre die Reparationszahlungen zu bezahlen.

Die Reparationskommission wird auf diese Note, die ja in allen Einzelheiten vorher verabredet ist, ohne Zweifel zustimmend antworten. Und dann wird das Anleihekomitee in Paris sich an die Arbeit machen, um uns die in Aussicht stehenden 4 bis 5 Goldmilliarden zu beschaffen. Inzwischen kann aber noch viel Wasser ins Meer fließen, und mancher deutsche Politiker sieht der Zukunft keineswegs mit rosigem Hoffnungen entgegen. Man vermisst in dem neuen Abkommen vor allem, daß uns für unsere weitgehenden Zugeständnisse keine politischen Erleichterungen in der Frage der Besetzung oder der Sanktionen gewährt wurden, und man weist darauf hin, daß eine künstliche Befestigung des Marktes ohne eine endgültige Regelung des Zahlungsplanes der deutschen Wirtschaft erheblichen Schaden zufügen wird. Es ist sehr bezeichnend, daß auch der Reichskanzler selbst diese Bedenken der Wirtschaftspolitiker durchaus anerkannt hat und sich nur widerstrebend der Mehrheit seiner Ministerkollegen gefügt hat, die der Ansicht waren, man müsse im Augenblick nehmen, was Hermes eben in Paris erreichen konnte.

Das Gespenst des 31. Mai ist durch unsere Zugeständnisse vorläufig gebannt, aber niemand weiß, wann es sich wieder erheben wird. Bereits am 15. Juni steht eine neue Zahlung von 50 Goldmilliarden bevor, von denen wir noch nicht wissen, woher wir sie nehmen sollen. Wenn man in Genua gehofft hatte, den Grund zu einer dauernden Sanierung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse zu legen, so ist diese Hoffnung durch die Pariser Abmachungen mit ihrer nur vorläufigen Erledigung des Problems vom 31. Mai fast herabgesetzt, und die Situation wird von einem dem Reichskanzler sehr nahe stehenden Blatte ganz richtig mit den Worten gekennzeichnet: „Paris hat nicht gehalten, was Genua versprochen.“

Was Stammes dazu sagt.

Die Bedenken, die man in den Kreisen der Großindustrie gegen die Pariser Abmachungen des Ministers Hermes hegt, werden von der Deutschen Allgemeinen Zeitung in einer offensichtlich auf den Weg, Stammes zurückgehenden Auslassung wie folgt zusammengefaßt: „Sinnlos ist jeder Versuch einer Lösung des Problems, welche die endgültige Regelung nur um einige Jahre hinauschiebt; denn es wäre durchaus möglich, daß die beiden großen Industriestaaten Amerika und England während vorübergehender Hebung des Wertes der deutschen Mark ihre ungeheuren Warenvorräte abstoßen und dadurch ihrer beengten Wirtschaft Luft schaffen. Einmal selbst gelindert, werden sie an den wirtschaftlichen Köden des europäischen Kontinents keinesfalls das gleiche Interesse wie heute haben. Wohlgeht sich die Gesundung ihrer Wirtschaftslage also innerhalb von zwei Jahren, so stünden dann auf dem Kontinent ein ausgeprägtes Deutschland, ein zerrüttetes Rußland und ein nunmehr ebenfalls verarmtes Frankreich allein, ohne Möglichkeit, einander zu helfen oder am Leben zu halten. Wir haben Ursache, zu glauben, daß auch in den Köpfen französischer Wirtschaftsführer die Erkenntnis dämmert, in ihrem eigenen Interesse sei eine endgültige Sanierung der europäischen Wirtschaft jetzt, aber nicht später, geboten.“

Der Kanzler über Genua.

Der Vertrag mit Rußland. — Die Befriedung Europas.

Es ist für einen Staatsmann eine undankbare Aufgabe, über die Vergangenheit zu sprechen, während der gegenwärtige Augenblick voll ist von ungelösten Fragen an die Zukunft. In Paris konzentriert sich heute die Weltpolitik, — über Genua mußte der Kanzler dem Reichstage Bericht erstatten, weil er über Paris, also über eine schwebende diplomatische Aktion, noch nichts sagen darf. Immerhin hörte der Reichstag (zwar nicht in der Stimmung eines ganz großen Tages und nicht so bis zum letzten Platz besetzt wie sonst bei wichtigen Kanzlerreden) die Auffassung der Regierung mit großer Aufmerksamkeit an. Um zwei Hauptgesichtspunkte gruppiert sich die Rückschau auf Genua in den Augen der deutschen Delegation. Das russische Problem, trotz unserer Vermittlerfähigkeit nicht restlos gelöst, wurde doch, so weit wir und die Russen allein in Frage kommen, durch den Rapallovertrag einen großen Schritt vorwärts gebracht. Der Gottesfriede aber blieb in einem länglichen Provisorium stecken. Hier schlägt der Kanzler geschickt die Brücke nach der Zukunft. So lange Sanktionen

möglich sind, so lange Drohungen über uns Gewalt haben, so lange eine solche „Politik auf Termin“ mit uns getrieben wird, ist kein wahrer Frieden möglich. Scharfer Welsch im ganzen Hause beweist dem Kanzler, daß diese Auffassung von allen Parteien geteilt wird. Er weiß selbst, daß die Ergebnisse von Genua sehr bescheiden sind, aber seine und aller Politiker Sorge geht dahin, nun doch wenigstens so viel als möglich Gewinn für den Frieden der Zukunft aus der ärmlichen Vergangenheit zu ziehen.

Sitzungsbericht.

(221. Sitzung.)

OB. Berlin, 29. Mai.

Sofort nach Eröffnung gab der Präsident das Wort an Reichskanzler Dr. Brüning. Der Kanzler wies zunächst auf seine Mitteilungen über Genua im Auswärtigen Ausschuss hin. Über die Pariser Verhandlungen, die jetzt in vollem Fluß seien, könne hier in der Vollversammlung weiteres noch nicht gesagt werden. Hier soll dem Reichstage nur die Möglichkeit gegeben werden, zur Genua-Politik der Regierung Stellung zu nehmen. Ein Jahr nach der Dantefest, an der das deutsche Volk den großen Anteil nahm, hat Italien die Vertreter der Völker in Genua empfangen, um dem Weltfrieden zu dienen. Wir wiederholen an dieser Stelle den tiefgefühlten Dank an das italienische Volk und an die italienischen Staatsmänner für das, was sie während der Konferenz von Genua für die Welt getan haben. Was sollte die Konferenz sein, und was ist aus ihr geworden? Sie sollte eine Weltkonferenz sein, um alle die Völker zu sammeln, die zum Teil einander als Gegner gegenüberstehen. Diese Aufgabe ist zunächst wesentlich eingeklärt worden durch das

Verbleiben Americas.

Dann wurde ihr Programm so reduziert, daß sie nicht einmal die europäische Krise in ihrer Gesamtheit behandeln konnte und daß die hartenden Völker nicht einmal in offizieller Sitzung die Wahrheit über die europäische Krise hören konnten. (Hört, hört!) Die wichtigsten Fragen sind gerade diejenigen, die auf der Konferenz nicht offiziell behandelt worden sind, vor allem die Reparationsfrage, die heute zu einer europäischen Frage geworden ist. Trotz aller Sabotageversuche hat die Genua-Konferenz einen großen Fortschritt gebracht. Der größte Fortschritt liegt schon darin, daß wir zum erstenmal bei einer Konferenz der Regierungen als Gleichberechtigte erschienen sind. (Lachen rechts.) Ich weiß nicht, wie man über die Feststellung einer so wichtigen Tatsache lachen kann. (Zustimmung bei der Mehrheit.) In vielen nicht-offiziellen Unterredungen mit fremden Staatsmännern ist auch die Reparationsfrage

erörtert worden. Die offiziellen Resolutionen, die das Ergebnis der Konferenz bilden, werden für uns die Zeit- und Richtlinien der Politik bilden. Wir hoffen, daß sie auch für die übrigen Staaten das werden und nicht nur theoretische Anregungen ohne praktische Bindung. Wir haben in Genua den französischen Vorstoß abgewehrt, der uns in die Rolle der steifen Staaten drängen wollte. Es hatte sich aber eine Union der einladenden Mächte gebildet, die ohne uns mit Rußland verhandelte und uns dadurch zwang, selbständig unsere Fragen mit Rußland in Ordnung zu bringen. Der Rapallo-Vertrag mit Rußland war nicht ein Irrtum der deutschen Politik, sondern er ist

ein ehrliches aufrichtiges Friedenswert.

das gegen keinen anderen Staat seine Spitze richtet. (Sehr richtig.) Der Vertrag ist lediglich die Fortsetzung der bereits am 6. Mai 1921 zwischen Deutschland und Rußland getroffenen Vereinbarungen. In Genua wurde Deutschland von den Verhandlungen ausgeschlossen, die von den einladenden Mächten mit Rußland geführt wurden auf der Grundlage des Londoner Memorandums. Nach diesem Memorandum sollte aber auch Rußland den Artikel 116 des Versailler Vertrages gegen Deutschland anwenden. Deutschland war daher genötigt, eine andere Regelung mit Rußland zu finden. Lloyd George hat in einer Rede den Rapallo-Vertrag einen Fehler und Irrtum Deutschlands genannt, aber hinzugefügt, daß die in Deutschland und Rußland erzeugte Stimmung dazu führen mußte. Dann liegt der Irrtum aber bei denen, die eine solche Stimmung durch ihr Verhalten bei uns erzeugt haben. Der Rapallo-Vertrag reinigt die Atmosphäre zwischen zwei Völkern, denen es immer gut ging, solange sie sich verstanden haben. (Beifall.) Er soll weiter die Brücke schlagen zwischen Ost und West in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung. Er enthält keine geheimen Zusätze, und wer behauptet, der Vertrag habe geheime militärische Zusätze, der verleumdet das erste Friedenswert, das seit dem Anbruch in Europa überhaupt geschrieben ist. (Beifall.) Wir werden den Rapallo-Vertrag in seiner Gesamtheit dem Reichstage zur Beurteilung unterbreiten. Nach dem Abschluß dieses Vertrages wurde unsere Vermittlerfähigkeit zwischen Rußland und den übrigen Staaten oft und dankbar in Anspruch genommen. Das in Genua begonnen wurde, soll im Haag fortgesetzt werden. Wir werden, wenn es gewünscht wird, aber nur, wenn es gewünscht wird, unsere Vermittlerfähigkeit weiter aufrichtig und ehrlich zur Verfügung stellen. Die Versuche in Genua, eine Truga bei (Gottesfrieden) für alle Völker zu schaffen, sind nicht voll gelungen. Die Welt war dafür noch nicht reif. Was hat sich mit